

Politische Einschätzung des Konflikts um das AKW Biblis A Winter/Frühjahr 1994

Aus der Sicht des Hessen-Baden-Plenums, eines Zusammenschlusses von Anti-AKW-Gruppen von Gießen bis Karlsruhe, verdienen für eine politische Einschätzung drei Aspekte einer besonderen Erörterung :

1. Die Betreibergesellschaft RWE ist nicht bereit zu kleinsten Korrekturen ihrer Politik..
2. Das Konzept der hessischen Grünen vom "ausstiegsorientierten Vollzug des Atomgesetzes " ist für einen Ausstieg aus der Atomenergie ungeeignet.
3. Es ist nicht gelungen, rund um Biblis eine breite, dauerhafte und lebendige Anti-AKW-Bewegung zu etablieren.

Zu 1.

Die ~~Konzern~~^{Konzern}politik der RWE zu den AKW s in Biblis steht unter dem Motto " maximaler Profit bei minimalen Kosten". Der ~~Konzern~~^{Konzern} ist nicht einmal bereit ,die minimalen Sicherheitsauflagen, die der TÜV Bayern für den Block A empfohlen und der damalige hessische Umweltminister Weimar angeordnet hat, zu verwirklichen. Für Block B wird erst gar keine Sicherheitsüberprüfung gestattet.

Die RWE gibt ihren Profit-Interessen eindeutig vorrang vor den Sicherheitsinteressen der Belegschaft und den BewohnerInnen der Rhein-Main-Neckar-Region.

Es kann dahingestellt bleiben, ob die RWE-Politik darauf abzielt, den Block A als Verhandlungsmasse für die Konsensgespräche zu behalten oder ob die nach der Bundestagswahl wieder anstehenden Konsensgespräche für den Konzern keinerlei Bedeutung haben und einfach das ganz normale Geschäft durchgezogen wird.

Das Verhalten der RWE macht für beide Überlegungen Sinn.

Die RWE wird in ihrer Konzern-Politik von der CDU/CSU/FDP Bundesregierung unterstützt. Mit Weisungen bzw. allein Androhungen von Weisungen brachte Bundesumweltminister Töpfer erfolgreich die zaghaften Versuche der hessischen Landesregierung zu Fall, die Unsicherheit von Block A durch Auflagen zu verkleinern.

Bezüglich Block B brauchte Töpfer nicht tätig zu werden. Hierzu schwieg auch die hessische Landesregierung.

Flankenschutz kam von der CDU-Fraktion im hessischen Landtag. Wer die Landtags-Debatte zu Biblis A verfolgt hat, fühlte sich zeitweise an die " Alle Lichter gehen aus -Kampagne" des Ministerpräsidenten Filbinger zum AKW Wyhl in den 70iger Jahren erinnert.

Merkwürdig ruhig verhielt sich in dem Konflikt die SPD sowohl im Bund als auch in Hessen. In Hessen wurde das Feld den Grünen bzw. dem Umweltministerium überlassen.

Vermutlich wollte die SPD innerparteiliche Zereißproben vermeiden.

Zwar existiert seit 1986 der Parteitagsbeschluss, innerhalb von 10 Jahren aus der Atomenergie auszusteigen, ernsthafte Versuche z.B. von SPD geführten Landesregierungen, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen, konnten nicht beobachtet werden.

Dies mag daran liegen, daß Teile der SPD eng mit der Atom-Mafia verflochten sind.

Nehmen wir z.B. die Betreiberin von Biblis, RWE: Bei der RWE haben viele Sozialdemokraten in der Geschäftsführung, im Vorstand und Aufsichtsrat das Sagen. Durch die spezifische Struktur der RWE sichern sich sozialdemokratische Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren Macht und Einfluß. Bisher sind diese sozialdemokratischen Funktionsträger nicht durch atomkritische Initiativen aufgefallen.

Auch bei den Energie-Konsens-Gesprächen 1992/93 zwischen Energiewirtschaft, der Bundesregierung, Parteien und Umweltverbänden hat die SPD nicht mit besonderem Ausstiegswillen geblitzt.

Das kürzlich beschlossene Festhalten der SPD am 10 Jahres-Ausstiegsbeschluß ist eher unter wahltaktischen Gesichtspunkten als realer Politik zu betrachten.

Nach den faktischen großen Koalitionen z.B. bei der Asylrechts-Änderung mußte den Wählern klar gemacht werden, daß sich die SPD wenigstens im Punkt Atomenergie von der CDU/CSU/FDP unterscheidet.

Sollte die SPD in die Verlegenheit kommen, im Bund Regierungsverantwortung zu tragen, so ist von ihr kein Ausstieg aus der Atomenergie zu erwarten.

Zu 2.

Der Konflikt um Biblis A wurde zur Nagelprobe für das Konzept des ausstiegsorientierten Vollzugs des Atomgesetzes der hessischen Grünen.

Dieses Konzept ist kläglich gescheitert und hat sich als ungeeignet erwiesen, einen Beitrag zum Ausstieg aus der Atomenergie zu leisten.

Das Konzept vom ausstiegsorientierten Vollzug des Atomgesetzes ist vorläufiger Endpunkt einer rasanten Anpassung an die herrschenden Verhältnisse.

Von der Anti-AKW-Bewegung und anderen sozialen Bewegungen in die Parlamente gespült, entwickelten sich die Grünen -zumindest in Hessen- schnell vom parlamentarischen Arm der Bewegung zum allzeitbereiten Koalitionspartner für die SPD.

1982 hieß es im Landtagswahlprogramm der Grünen, daß für sie Kompromisse in Überlebensfragen, zu diesen zählten sie auch die Atomkraft, nicht in Frage kämen.

In Vergessenheit geriet diese programmatische Aussage kurze Zeit später, als die SPD eine Minderheitsregierung mit Tolerierung der Grünen anstrebte.

Eine der Eintrittskarten für die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung war das Akzeptieren der AKW s Biblis Block A und B. In der Tolerierungsvereinbarung stand: In Hessen werden keine neuen AKW s gebaut.

Die hessischen Grünen strebten nach Höherem. So wurde ein Herr Fischer Ende 1985 hessischer Umweltminister. Bei den Koalitionsverhandlungen waren die AKW s in Biblis kein Thema. Biblis A und B liefen weiter, auch als der Super-Gau in Tschernobyl geschah. Einzig greifbares Resultat von Tolerierung und Koalition: Das Öko-Institut durfte sich an einer Vorstudie zur Sicherheit der beiden AKW s versuchen.

An den Hanauer Atomfabriken suchten die Grünen den Konflikt mit der SPD. Sie wollten wenigstens ALKEM stilllegen. Weil die SPD sich nicht einmal darauf einließ, kam es zum Bruch der Koalition.

Das Drücken der harten Oppositionsbänke im Landtag und die Abwesenheit von den Fleischtöpfen der Macht 1987-91 führte zu weiteren Anpassungsprozessen bei den Grünen.

Die nächste Koalition sollte nicht an der Frage der Atomanlagen scheitern. Heraus kam eine Doppelstrategie: Für das Land das Konzept des ausstiegsorientierten Vollzugs des Atomgesetzes und für den Bund die Hoffnung auf eine SPD/Grünen Bundesregierung, die dann alles weitere regelt.

Voraussetzung der Strategie für das Land ist das Akzeptieren der laufenden Atomanlagen, des Atomgesetzes und der Geschäftsordnung dieses Staates, die dem Bundesumweltminister die letztendliche Kompetenz für die AKW s einräumt.

Durch eine wachsame Landes-Aufsichtsbehörde soll die RWE zur Minimierung der Unsicherheit ihrer AKW s gezwungen werden.

Dieser Ansatz ging am Beispiel Biblis A kräftig in die Hose. Das AKW Biblis A ging ohne die Umsetzung auch nur einer der vielen Auflagen wieder ans Netz.

Die staunende Öffentlichkeit konnte im März/April 94 öfters aus dem Mund von Fischer und seinem Staatssekretär Baake hören, daß sie Biblis A als unsicheres AKW einschätzen. Trotzdem wurde die Weisung Töpfers befolgt bzw. vor einer Weisung die Genehmigung zum Wiederaufstart des AKW erteilt.

Bis heute ist nur eine Weisung von BUM Töpfer in Sachen Biblis A Anfang März 94 wirklich klar. Mitte März 94 wurde das AKW ohne Weisung Töpfers angefahren. Bis heute gibt es keine Erklärung für diesen Akt vorauseilenden Gehorsams.

Die Kritik richtet sich nicht nur gegen die Ausführung des Konzepts vom ausstiegsorientierten Vollzug des Atomgesetzes, sondern gegen das Konzept selbst.

Das Atomgesetz führt in § 1 Nr.1 aus: "Zweck dieses Gesetzes ist die Erforschung, die Entwicklung und die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu fördern."

Die unbestimmten Rechtsbegriffe dieses Gesetzes werden von der Rechtsprechung atomfreundlich ausgelegt. Die Kommentatoren des Atomgesetzes sind Mitglieder der Atomgemeinde.

Der Beinahe GAU in Biblis im Dezember 87 ereignete sich in einem AKW, daß streng nach Recht und Gesetz betrieben wurde.

Wer glaubt, mit dem ausstiegsorientiertem Vollzug des Atomgesetzes zu einem Ausstieg aus der Atomenergie zu kommen, muß entweder politisch naiv sein oder legt es darauf an, Illusionen zu schüren.

Dieses Konzept ist nur durch den fortschreitenden Anpassungsprozeß der hessischen Grünen zu erklären.

Wer so-wie die hessischen Grünen die Spielregeln des Atomstaats verinnerlicht hat, der stellt zunächst richtig fest, daß durch den Reaktor Biblis A die Sicherheit der BewohnerInnen der Rhein-Main-Neckar-Region gegen die Profitinteressen

von RWE steht, jammert über diese Tatsache ein wenig pressewirksam rum, sagt, ihm seien die Hände gebunden, um dann zur politischen Tagesordnung überzugehen. Wer wie die hessischen Grünen in den Sachzwängen dieses Systems zu denken gewohnt ist, rechnet eine mögliche Schadenersatzklage der RWE in Millionen-Höhe mit den Sicherheitsinteressen von Millionen von Menschen auf und läßt Block A schon vor einer Weisung von BUM Töpfer vorsichtshalber wieder anfahren.

Auch das Hoffen auf die Stilllegung der Atomanlagen durch eine SPD/Grünen -Bundesregierung ist eine Illusion.

Die SPD könnte nur um den Preis einer innerparteilichen Zerreißprobe wirklich aus der Nutzung der Atomkraft aussteigen.

~~Die SPD steht, machte sie erst kürzlich mit der Zustimmung zum sog. Artikelge-~~

setzes, einer erheblichen, atomfreundlichen Veränderung des Atomgesetzes ~~im Bundes-~~rat deutlich.

Die eventuelle Beteiligung der Grünen an einer Bundesregierung kann für sie nur weitere Anpassung an herrschende Normen bedeuten.

In diese Richtung geht auch der vorerst gescheiterte Versuch der hessischen Grünen auf der letzten Bundesversammlung, den Ausstiegsbeschluß der Grünen aus der Atomkraft weiter zu verwässern.

Sollte es zu einer SPD/Grünen Bundesregierung kommen werden allenfalls im Zeitraum von mehreren Jahren einige Alt-Reaktoren abschaltet. Die übrigen AKWs erhalten lange Restlaufzeiten bis eine neue Reaktor-Baulinie ans Netz gehen kann.

Zu 3.

Der Konflikt um das AKW Biblis A warf ein Licht auf den Zustand der Anti-AKW-Bewegung.

Seit Harrisburg 1979, spätestens jedoch seit Tschernobyl 1986 befindet sich die Anti-AKW-Bewegung in einer paradoxen Situation. Es ergeben sich regelmäßig bei umfragen breite Mehrheiten für eine mehr oder minder schnelle Abschaltung aller Atomanlagen. Diese Meinungen setzen sich jedoch nicht um in politischen Druck.

Anti-AKW-Arbeit rund um Biblis war schon immer ein hartes Brot. So auch in dem zurückliegenden Konflikt um Biblis A.

Zwar wurden in zeitlichen Abständen kleine Aktionen ~~vpr~~ den Werkstoren gemacht, Anfang März 94 mit gutem Timing eine Aktion vor der hessischen Staatskanzlei an der über 200 Menschen teilnahmen und Ende April eine Demonstration in Biblis mit über 1000 TeilnehmerInnen, doch wurde niemals eine Breite und Dauerhaftigkeit erreicht, die zu großem politischen Druck geführt hätte. Wenige Monate später ist Anti-AKW-Bewegung wieder auf die kleinen Strukturen zurückgeworfen, die schon vorher bestanden haben.

Eine breite, dauerhafte und lebendige Anti-AKW-Bewegung rund um Biblis konnte nicht etabliert werden.

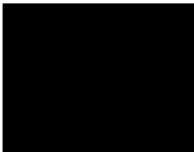
Weiterhin kann nur zu bestimmten Anläßen (Störfälle, Revisionen) mobilisiert

werden. Der Skandal des "Normalbetriebs" von Biblis A und B scheint kaum jemanden zu interessieren.

Trotzdem gibt es zum Konzept der sozialen Bewegung "Anti-AKW-Bewegung", die außerparlamentarisch agiert keine Alternative. Die verheerenden Anpassungsprozesse der hessischen Grünen bieten einen guten Anschauungsunterricht, wohin der parlamentarische Weg führt.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß es keine sicheren Atomanlagen gibt, muß eine sofortige Stilllegung gefordert werden. Darüber gibt es absolut nichts zu verhandeln.

Es liegt an uns, Druck zu entfalten, der den politischen Preis für die Herrschenden so in die Höhe treibt, daß alle Atomanlagen stillgelegt werden müssen.



21.10.94

